



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020 - 2024

4. Sitzung vom 2. November 2020

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 21.00 Uhr

Leitung: Stephan Appenzeller (Präsident)

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Barbara Fankhauser, Hubert Steffen, Luzia Sutter Rehmann

Verspätet:

Präsident:

Stephan Appenzeller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP begrüsst alle herzlich zur heutigen Sitzung. Ganz speziell begrüsst er alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten und die Mitglieder des Gemeinderats, den Verwaltungsleiter, Linda Gerstner, die das Protokoll erstellt und die Abstimmungsanlage bedient, die weiteren Mitglieder der Verwaltung und die beiden Vertreter der Medien.

Der Rat tagt heute leider wieder ohne Gäste. Die verschärfte Corona-Situation und die Regeln des Bundesrats von letzter Woche lassen dies nicht mehr zu. Zudem wird heute auch erstmals in der Geschichte dieses Gremiums mit Masken getagt. Man könnte böartiger Weise sagen, der Einwohnerrat Binningen habe einen kollektiven Maulkorb. Der Präsident denkt aber, effektiv werde es nicht so sein. Er dankt allen, dass sie sich an die Regeln des BAG halten und den Abstand einhalten. Ganz speziell bittet er heute darum, nicht einfach die Tischmikrophone weiterzugeben, wenn jemand kein Mikrofon an seinem Platz hat. Wer kein Tischmikrofon hat und etwas zu einem Traktandum sagen möchte, ist gebeten, nach vorne ans Rednerpult zu kommen. Dieses wird nach jeder Benutzung frisch desinfiziert. Es braucht etwas mehr Zeit, aber es scheint ihm, man habe heute die Zeit, dass man sich auch hier konsequent regelkonform verhalten kann. Wie an den letzten Sitzungen, wird auch die heutige Sitzung auf Tonband aufgezeichnet, damit die interessierte Bevölkerung Binningens mitverfolgen kann, was hier im Rat debattiert wurde.

Entschuldigt sind Barbara Fankhauser, Hubert Steffen, beide SVP, und Luzia Sutter Rehmann, Grüne. Damit sind 37 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das Absolute Mehr liegt bei 19.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 24, Dringliche Interpellation D. Zimmermann, FDP: APH Schlossacker – Was ist da los?

Der Präsident erläutert, die vorliegende Interpellation sei mit Dringlichkeit versehen. Vor der Abstimmung übergibt er das Wort dem Interpellanten zur Begründung der Dringlichkeit.

D. Zimmermann, FDP teilt mit, über die vorliegende Interpellation sei inhaltlich alles gesagt und die Dringlichkeit ist begründet. Wenn man aufgrund der aktuellen Ereignisse und der ständig schlechten Nachrichten in den letzten zwei Jahren in den Medien und im Dorf die Dringlichkeit nicht erkennen will, findet er dies in der aktuellen Lage sehr bedenklich. Trotz ständigen politischen Diskussionen und verschiedenen politischen Vorstössen ist es dem Gemeinderat in den letzten beiden Jahren nicht gelungen, Ordnung und Ruhe ins Altersheim zu bekommen. Es ist erstaunlich, wie die SP-Fraktion die Dringlichkeit vermutlich schön reden und auf Zeit und Gespräche appellieren wird. Nach zwei Jahren ist dies nicht mehr glaubwürdig und die politische Haltung hinterlässt einen seltsamen Eindruck. Es ist eine leidige Geschichte. Deshalb wäre nun die Gelegenheit gegeben, mit dieser Dringlichkeit einmal zu hören, was der Gemeinderat zu unternehmen gedenkt. Der Redner dankt dem Rat für die Unterstützung und bittet den Gemeinderat, die Chance zu packen, um gemeinsam einen guten Lösungsweg zu finden.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: 19 JA, 18 NEIN (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

Damit ist das notwendige Zweidrittelmehr von 25 Stimmen nicht erreicht.

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der Interpellation von D. Zimmermann, FDP: « APH Schlossacker – Was ist da los?» wird nicht beschlossen.

Nr. 25, Postulat D. Zimmermann, FDP: Neuzeitliches Parkraum-Konzept mit vorhandenen Infrastrukturen

Nr. 26, Postulat CVP/glp-Fraktion: Streetworkout-Anlage in Binningen

Nr. 27, Interpellation L. Sutter Rehmann, Grüne: Situation von geflüchteten Menschen in Binningen

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 21.09.2020	
2. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 15.10.2020 Schulraumplanung: Planungskredit Erweiterung Primarschulanlage Meiri-acker, Bericht der BPK	195/XII
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.09.2020 Benkenstrasse, Öffnung beidseitig durch Entfernen des einseitigen Fahrverbots im Gebiet Bertschenacker (Bottmingen), Erfahrungsbericht Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	129/X 141/X
4. Bericht des Gemeinderats vom 15.09.2020 Motion R. Oberli, SVP: Keine weiteren Temporeduktionen in Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	210/XII
5. Bericht des Gemeinderats vom 15.09.2020 Interfraktionelles Postulat: Aufwertung Hauptstrasse Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	211/XII
6. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 21.09.2020

Es gibt keine Einwände oder Bemerkungen zum Protokoll.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 195/XII

Schulraumplanung: Planungskredit Erweiterung Primarschulanlage Meiriacker, Bericht der BPK

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

BPK-Vize-Präsident Thomas Schwarb, Grüne darf aus der Bau- und Planungskommission berichten, was diese zum Erweiterungsvorhaben der Primarschulanlage Meiriacker erwogen hat. Wie im Bericht ersichtlich, fanden vier Sitzungen statt. Diese Details muss der Votant daher nicht wiederholen. Was vielleicht interessant ist: Es wurde wirklich fast jedes Wort abgewogen und man kam auf einzelne Sachen wieder zurück. Die BPK hat versucht, das gemeinsame Ziel, ein möglichst effizientes und kostengünstiges Bauvorhaben aufzugleisen, zu erbringen und hofft, dass sie dies erreicht hat. Es muss bedacht werden, dass es sich bei der Vorlage um einen Planungskredit handelt. Es ist noch nicht der Kredit für den Bau selbst. Das Geschäft kommt mindestens noch einmal in den Rat, wenn ihm heute zugestimmt wird.

Zu den Anträgen: Die BPK hat einstimmig beschlossen, dem Einwohnerrat die Genehmigung des Planungskredits vorzuschlagen. In Erweiterung des Beschlusses wurde festgehalten, dass man gerne alle mit dem Projekt verbundenen Kosten sehen möchte. Das heisst einerseits die Kosten für den tatsächlichen Bau, aber auch Sachen, die nicht im engeren Sinn zum Bauvorhaben zu zählen sind – die Anwesenden können es im Text nachlesen –, sind quasi unter dem Strich aufzuführen. Die Kommission möchte keine Überraschungen wie bei einem Autokauf, wo es je nach dem heisst: «Was sie möchten noch ein Steuerrad? Das kostet aber extra.». Das Bauvorhaben muss zweckmässig und bedürfnisgerecht sein. Diese Formulierung zeigt eine der angetönten genauen Überlegungen. Ein Teil der Kommission fand, «zweckmässig» diene dem Zweck und sei eigentlich fast das Gleiche wie «bedürfnisgerecht». Aber für einen anderen Teil war es wichtig, beides aufzuführen. Das Bauvorhaben soll nachhaltig sein, aber keinen Luxus darstellen. Nachhaltig auch dahingehend, dass man nicht billig baut und später Folgekosten hat. Wenn es Varianten gibt, die im Planungsvorhaben auftauchen, dann soll jeweils die günstigere gewählt werden sofern diese gleich bedürfnisgerecht und nachhaltig ist.

Damit kommt der Redner zu einem entscheidenden Punkt. Man möchte natürlich nicht die Katze im Sack kaufen. Wenn es Änderungen bei den Kosten, Abweichungen gegenüber üblichen Normkosten oder gegenüber der Grobkostenschätzung gibt, dann sollen diese Abweichungen einzeln ausgewiesen und begründet werden. Die BPK hat auch erwogen, ob man ein Kostendach einführen müsste. Dies wurde aber verworfen, da je nach Situation möglicherweise Sachen einbezogen werden müssen, die man vorher noch nicht so genau gesehen hat. Oder es gibt externe Kosten, die man bei der Grobkostenrechnung nicht vorhersehen konnte. Das kann immer sein. Wenn es nachvollziehbar begründet wird, kann man damit weiter vorgehen. Wenn es im Planungsverlauf weitere sinnvolle Varianten gäbe, die in

diesem Sinn als Optionen gelten könnten, dann sollen diese transparent dargestellt werden, damit man allenfalls darüber befinden kann. Die Anwesenden sehen, dass die Anträge dazu dienen, die Kostenprognose möglichst genau einzuhalten. Diese soll auch in der weiteren Planung eingehalten werden. Es soll aber doch noch so viel Freiheit bleiben, dass wenn es sich klar und nachvollziehbar begründen lässt, warum etwas mehr oder weniger kosten, es dann einfach transparent dargestellt wird. Das ist das Ergebnis der vier Sitzungen der Bau- und Planungskommission.

Peter Sala, FDP äussert, auch die FDP habe sich über das Geschäft gebeugt und die Ausführungen, die der BPK-Vize-Präsident erwähnt hat, diskutiert. Die Fraktion ist der Meinung, die Kosten müssen zwingend eingehalten werden. Varianten sind gut und recht, aber es sollte kostenmässig eher auf die tiefere Seite gehen. Die FDP ist bereit, die Anträge zu unterstützen, wenn ihren Zusatzanträgen, die sie beim Präsidenten deponiert hat, zugestimmt wird. Die Fraktion möchte, dass mit dem nächsten Bauantrag die Finanzierung geklärt ist und die Tragbarkeit und Finanzierung klar aufgezeigt werden. Weiter möchte sie, dass die Projektkosten von einem Unabhängigen auf Plausibilität untersucht werden. Es soll keine Überraschung geben wie beim Campus.

Konrad Widmer, SVP führt aus, die SVP sei mit den Anträgen der Bau- und Planungskommission einverstanden mit Ausnahme des Antrags 5.5. Dieser muss ihrer Meinung nach gestrichen und neu formuliert werden. Eine Planvorgabe mit «keinem Luxus», eine Planvorgabe letztlich ohne verbindliche Kostengabe und lediglich geforderten Erklärungen in einer allfälligen Überschreitung ist schlicht unklug. Die Verschwendung von Steuergeldern wäre vorprogrammiert. Die Fraktion fordert, dass unter Antrag 5.5. ein verbindliches Kostendach in Höhe von 17.2 Mio. Franken vorgeschrieben wird, ohne + 20 Prozent. Dadurch werden die Gemeindefinanzen geschont und der Handlungsspielraum für weitere, dringend notwendige Investitionen nicht weiter eingeschränkt. Alle Anwesenden wissen, dass man vor einem Berg noch nicht finanzierter Projekte steht. Diese können nur finanziert werden, wenn Projekte massvoll gestaltet werden. Daher besteht die SVP auf ein verbindliches Kostendach. Dass Grossprojekte im Immobilienbereich mit einem fixen Kostendach versehen werden, ist übliche Praxis. Nicht nur im privaten Sektor, sondern auch bei der öffentlichen Hand. Die Fraktion bittet den Rat nicht um etwas Ausgefallenes, sondern einfach um die Anwendung von anerkannten Grundsätzen von best practice. Der Redner ersucht die Anwesenden daher höflich, dem neu formulierten Antrag 5.5. der SVP zuzustimmen.

Thomas Hafner, CVP möchte, wie bereits in der Mai-Sitzung berichtet, zuallererst Folgendes erwähnen: Die geplante Erweiterung der Primarschulanlage Meiriacker findet die Fraktion dringend notwendig und sollte baldmöglichst in Angriff genommen werden. Über die Notwendigkeit sollte an dieser Stelle nicht mehr diskutiert werden. Mit dem vorliegenden Antrag des Gemeinderats liegt dem Einwohnerrat ein überzeugendes Projekt vor. Die Jury hat das Projekt nicht umsonst einstimmig als Sieger erkoren. Das vom Gemeinderat vorgeschlagene Vorprojekt Plus mit bereits vorausgelösten Planungsleistungen soll gegenüber einem klassischen Vorprojekt eine höhere Projektsicherheit und eine Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent ermöglichen. Die Fraktion begrüsst das Vorgehen erneut, wie schon im Mai ausgeführt.

Zum Vorprojekt: Die CVP/glp bedankt sich bei der Bau- und Planungskommission für den Bericht. Die Fraktion hätte sich von der Kommission aber eine etwas genauere Überprüfung gewünscht. Der Bericht hat für sie keine neuen Erkenntnisse aufgezeigt. In der erhaltenen Grobkostenschätzung geht man von geschätzten Baukosten im Betrag von rund 17 Mio. Franken aus mit einer Kostengenauigkeit von +/- 20 Prozent. Die BPK hat sich gescheut, dem Gemeinderat als Hilfe und Planungsvorgabe eine maximale Kostenempfehlung – man kann es auch Kostendach nennen – vorzugeben, das man dem Architekten als Planungsleitplanke vorgibt. Die Anträge 5.2 bis 5.6 der BPK betrachtet die CVP/glp hauptsächlich als Empfehlungen und Zielvorgaben, man kann es auch Leitplanken nennen, an den Gemeinderat und auch wieder zur Weitergabe an den Architekten. Ob die von der BPK definierten Anforderungen genügend Sicherheit bieten, um die Kostenentwicklung begrenzen zu können, wird sich zeigen. Hier hofft der Votant auf die Mitwirkung / Hilfe des Gemeinderats. Beim Antrag zum Baukredit / Grundlage Vorprojekt Plus sollen vor der Bewilligung die erhaltenen Projektkosten des Architekten zusätzlich von einem ex-

ternen Baukostenplaner nachgeprüft und bestätigt werden. Auch in einer späteren Phase während der Bauzeit findet die Fraktion eine externe Kostenkontrolle gegenüber dem Architekten sehr wichtig.

Bei der Erweiterung des Meiriacker Schulhauses handelt es sich um ein weiteres Projekt in einer Reihe von geplanten Investitionen im Umfang von ca. 180 Mio. Franken, welche der Gemeinderat plant. Der Baukredit für den Schulcampus Dorf war das erste. Es wird politisch eine Herausforderung sein, eine Akzeptanz für das momentan erhaltene Projekt mit 51,2 Mio. Franken gegenüber der Vorgabe mit 38 Mio. Franken zu finden. Im Nachgang die Kosten nach unten zu optimieren, ist nur mit Verzicht zu erreichen und dies wird sehr schwierig. Die Fraktion empfiehlt dem Gemeinderat nach den Erkenntnissen mit dem Schulhaus Dorf, bzgl. Standard und Kosten für das Schulhaus Meiriacker etwas zurückhaltender vorzugehen. Wie gesagt: Bei den Baukosten geht man von einem grob geschätzten Betrag von 17 Mio. Franken +/- 20 Prozent aus. Je niedriger die Projektkosten ausfallen, desto grösser ist die Chance und die Akzeptanz für eine mögliche Krediterteilung. Das letzte Wort wird aber das Stimmvolk haben. Zusätzlich wäre es interessant, wenn dem Rat eine Finanzierungsrechnung und ein Übersichtsschema der weiteren Investitionen vorgelegt werden würde. Zudem wäre es betreffend Nachhaltigkeit wichtig, was der Mehrpreis von Minergie Standard zu Minergie P und von Minergie Standard gegenüber dem Standard Eco ist. Hier wäre die Fraktion froh, wenn ein Preisschild genannt werden könnte.

Luzi Jehle, SP teilt mit, die SP habe sich ebenfalls mit dem Bericht der BPK auseinandergesetzt und unterstützt die vorliegenden Anträge. Ganz einfach aus dem Grund, weil z.B. klar drin steht, dass die Kostenschätzung alle mit dem Projekt verbundenen Kosten umfassen soll. Die Fraktion möchte das Vorprojekt Plus haben, weil es gegenüber einem normalen Vorprojekt eine bessere Kostengenauigkeit liefert. Was es schlussendlich kosten wird, kann man noch nicht zu 100 Prozent sagen. Das war auch der Grund, weshalb in der BPK entschieden wurde, kein Kostendach zu definieren. Aufgrund des jetzigen Planungsstandes ist es nicht seriös machbar. Die SP ist der Ansicht, dass die Prüfung der Finanzierbarkeit in der Verwaltung auf jeden Fall stattfinden wird und auch gemacht werden muss. Sie möchte aber klar darauf hinweisen, dass die Schulraumplanung im Moment sehr drängend ist und dass dies nicht noch lange hinausgezögert werden sollte. Daher unterstützt die Fraktion die vorliegenden Anträge.

Peter Bertschi, EVP signalisiert, der Ausbau des Standorts Meiriacker, zwei Klassenzüge und vier Kindergärten, ist aus Sicht der EVP/Grünen zwingend notwendig. Der Redner ist der Ansicht, wenn man die ganzen Provisorien anschaut, biete es sich an, dies nun relativ schnell umzusetzen. Es ist der Vorkredit. Über den Baukredit wird später noch einmal abgestimmt. Das vorgestellte Projekt ist zweckmässig und erscheint der Fraktion architektonisch aber auch raumplanerisch gelungen. Wichtig ist für sie, dass mit der nächsten Planungsphase die Kostengenauigkeit und die Planungssicherheit erhöht werden. Die Fraktion Grüne/EVP stimmt den BPK-Anträgen zu und hofft, dass dies möglichst schnell geplant werden kann. Die langfristige Finanzierung wird bereits beim Projekt Campus Dorf angeschaut. Der Votant ist der Ansicht, dass man hier nicht weiter warten müsste, sondern es relativ schnell umsetzen kann.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne äussert, der Einwohnerrat habe schon im 2018 den Planungskredit für den Wettbewerb bewilligt. 2019 gab es die Jurierung. Diese erfolgte einstimmig. Es gab eine Ausstellung des Siegerprojekts im APH und nun geht es um einen Planungskredit für das Vorprojekt Plus als Grundlage für den späteren Baukredit. Sie dankt für das Interesse am Projekt. Das war in der BPK spürbar und es war eine tolle Sitzung, in der sie das Projekt vorstellen durften. Es freut sie auch, dass die BPK das Projekt als gelungen bezeichnet. Der Gemeinderat möchte ebenfalls nicht, dass sich die Kosten übermässig nach oben entwickeln. Genau deswegen wird das Vorgehen mit dem Vorprojekt Plus gewählt. Das Ziel des Vorprojektes Plus ist es, eine solide Basis für einen Baukredit mit einer grösseren Genauigkeit, nämlich +/- 10 Prozent, zu erhalten. Kritische Punkte sollen abgeklärt und die Kosten und Problemstellungen genau erfasst werden. Das ist das Ziel des Vorprojektes Plus.

Die Rednerin dankt für die Zustimmung zum Kredit und nimmt die im BPK-Bericht erwähnten Anregungen gerne entgegen. Die Anträge der FDP kennt sie bisher noch nicht im Wortlaut. Zum Kostendach

erklärt sie, die BPK habe sich dies angeschaut. Es wurde in der Kommission diskutiert und dort mehrheitlich verworfen. Es steht im Bericht, es sei seriös nicht machbar. Dies zum Antrag der SVP, den sie schon kennt. Zu den Anträgen der FDP nimmt sie gerne Stellung, wenn diese offiziell gestellt werden. Die Gemeinderätin dankt für die positive Aufnahme und kann versichern, dass auch der Gemeinderat alle Interessen hat, um die Kosten im Auge zu behalten. Genau aus diesem Grund macht man das Vorprojekt Plus. Das wird dann kritisch durchleuchtet. Alle einzelnen Posten werden angeschaut und die Sachen, die im BPK-Bericht in den anderen Anträgen gefordert werden, werden dort abgeklärt.

Daniel Setz, FDP erklärt, seine Fraktion habe das Geschäft ziemlich intensiv diskutiert. Selbstverständlich ist die FDP für den Bau von Schulhäusern. Es geht überhaupt nicht darum, das Projekt zu verzögern. Es geht auch nicht darum, das Projekt irgendwie zu verhindern. Sondern es geht darum, mit dem Baukredit ein Projekt zu erhalten, das eine Transparenz vorweist und hinter dem man stehen kann. Denn es ist ja bekannt, dass noch eine Volksabstimmung nötig ist. Daher stellt die FDP drei Anträge. Der erste ist ein Ordnungsantrag: «Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, dass über die zwei untenstehenden Anträge vor der Abstimmung über die Anträge der BPK abgestimmt wird.». Antrag 1: «Mit dem Antrag für den Baukredit für die Erweiterung Primarschulanlage Meiriacker muss der Gemeinderat die Finanzierung und langfristige Tragbarkeit in der operativen Rechnung der Gemeinde aufzeigen.». Die Fraktion möchte damit ein Projekt resp. Baukredit, der dann kommt, wenn die Planung soweit fortgeschritten ist, und auch zeigt, dass das Projekt finanzierbar ist und in die Gemeinderechnung hineinpasst.

Man sieht beim Schulcampus Dorf, dass es grössere Diskussionen gibt. Mit den anstehenden Projekten, die erwähnt wurden, kommt ev. noch eine ziemliche Knacknuss auf die Anwesenden zu. Die FDP sieht es als klaren Auftrag an den Gemeinderat. Es ist sein Job, dem Rat vorzulegen, wie dies finanziert wird und wie es auch tragbar ist. Antrag 2: «Die kompletten Bau-/Projektkosten im Baukredit müssen über eine externe Fachfirma plausibilisiert werden, dies in Bezug auf alle Anträge der BPK.». Die Fraktion möchte dies, weil es sonst bis zu einem gewissen Grad die BPK machen muss, wenn sie den Baukredit überwiesen erhält. Die Kommission müsste dann die ganzen externen Fachfirmen nochmals einladen. Das gibt eine Verzögerung, die niemand in diesem Saal möchte. Der Redner ist daher der Ansicht, man könne es bereits im Vorhinein machen, damit, wenn das Geschäft in den Einwohnerrat kommt, dies schon transparent dargelegt ist und die Kosten aufgezeigt sind. Dann kann darüber diskutiert werden, ob es wirklich so ist oder nicht. Die ganzen Annahmen können dadurch weggelassen werden und es liegen etwas mehr facts and figures auf dem Tisch. Das sind die drei Anträge der FDP.

Gemeinderätin Rahel Bänziger, Grüne ist etwas verwundert, dass ein Ordnungsantrag gestellt wird. Normalerweise ist der BPK-Bericht der Hauptbericht und es können höchstens Zusatzanträge zum BPK-Bericht gestellt werden. Sie fragt sich, ob die Verwaltung noch abklären könnte, ob dies überhaupt so nötig ist oder ob man einfach die Anträge als Zusatzanträge stellen könnte. Das Vorgehen erscheint ihr etwas speziell. Antrag 1, dass die Finanzierung und die langfristige Tragbarkeit aufgezeigt werden müssen, macht der Gemeinderat gerne. Das ist selbstverständlich und wird sowieso gemacht. Dies war auch in der Vorlage zum Schulcampus Dorf enthalten. Der Antrag kann gestellt werden, aber man kann es auch lassen, da es selbstverständlich ist. Antrag 2, dass man jeden Schritt nochmals durch einen Externen überprüfen lässt, ist aus ihrer Sicht ein wenig doppelt gemoppelt. Das wird Mehrkosten verursachen, die im vorliegenden Kredit über 900 000 Franken nicht enthalten sind. Es ist im Moment nicht quantifizierbar, wieviel es mehr kosten wird, wenn ein Externer quasi die ganze Arbeit doppelt macht. Dazu kann sie keine Auskunft geben. Es ist einfach doppelt gemoppelt. Das Vorprojekt Plus wird nicht von der Bauabteilung sondern sowieso von einem Externen erstellt. Man engagiert dann also einen Externen, um das Vorprojekt Plus auszuarbeiten, und einen anderen Externen, der den anderen Externen kontrolliert und prüft, ob das richtig ist. Das kann man machen, wenn es gewünscht ist, es fallen einfach Mehrkosten an, bei denen die Votantin noch nicht sagen kann, wie hoch sie sein werden.

Daniel Zimmermann, FDP dankt Rahel Bänziger für die Vorlesung über Kostenmanagement. Seiner Ansicht nach geht es aber gar nicht darum, dass der Rat nun im Detail von der zuständigen Gemeinderätin

hört, wie es ablaufen soll. Er kann dagegen halten, dass eine Kostenplausibilisierung in grösseren Projekten heute state of the art ist. Es ist nicht doppelt gemoppelt, dass man die Arbeit zweimal machen würde. Es gibt Spezialisten, die letztlich in Bezug auf die Kostenrechnung mit Kennwerten und Kennzahlen versuchen zu nivellieren und die Messlatte von der Höhe der Kostenelemente versuchen zu beurteilen. Es gibt eine sogenannte Kostenelementberechnungsmethode, die sehr viele der Spezialbüros anwenden. Diese ist nicht im gleichen Aufwand, wie ein Architekt, der die ganze Kostenberechnung macht. Er staunt etwas, dass eine solche Energie zu hören ist gegen etwas, bei dem sich alle einig sind. Wir möchten Schulraum. Wir möchten ein tolles Projekt mit einer guten Wirtschaftlichkeit und letztlich möchten wir es noch zahlen können. Genau die Frage des bezahlen Könnens beschäftigt sehr viele Leute.

Beim Campus-Projekt wurde ebenfalls versprochen, sogar mit Antrag des Einwohnerrats, dass man die Kosten in der vom Parlament beschlossenen Höhe vorlegt. Das war nicht der Fall. Es kam zu massivsten Überschreitungen des sogenannten Planwerts. Selbstverständlich wurde ein grosser Teil der Kosten separat ausgewiesen, aber es war nicht die Meinung des Parlaments, dass man auf dieser Grössenordnung eines Kredits landet. Das Gleiche möchte die Fraktion bei diesem Projekt nicht nochmals erleben. Deshalb entstand die Diskussion mit den Zusatzanträgen. Der Gemeinderat hat dies rückblickend bereits über Jahre hinweg immer wieder gemacht. Es ist eine sinnvolle Methode, um Sicherheit zu erhalten. Letztlich wäre es für die spätere Abstimmungsbroschüre auch ein Argument gegenüber der Bevölkerung, die sich diese Frage auch stellt.

Simone Abt, SP muss zu Antrag 1 der FDP sagen, es überkomme sie leises Unbehagen. Sie fragt sich, wieso man über die Anträge nicht einfach zusammen mit den anderen Anträgen des Berichts abstimmen kann. Wieso muss dies im Vornherein sein? Sie weiss nicht, was die FDP damit zum Ausdruck bringen möchte. Böse Geister würden nun sagen, dies sei eine Art «conditio sine qua non». Entweder ihr macht, wie wir möchten oder wir schicken das Ganze bachab. Oder womit möchte die Fraktion drohen? Das ist der Votantin noch nicht ganz klar. Sympathisch ist es ihr auf jeden Fall nicht. Dies zum Ordnungsantrag. Die SP wird diesen Antrag nicht gutheissen. Das heisst aber nicht, dass sie nicht beispielsweise Antrag 2 durchaus ebenfalls, wie Gemeinderätin Rahel Bänziger, als absolute Selbstverständlichkeit anschauen und daher ganz sicher nicht ablehnen werden. Bei Antrag 3 hingegen hätte die Rednerin auch das Thema Kosten aufgebracht. Die Personen, die mit ihr in der GRPK sind, kennen jeweils die nicht enden wollende Diskussion über die vielen Kosten, die vielen Mandate, die nach aussen vergeben werden. Dass man die Notwendigen nach aussen vergibt, ist selbstverständlich gut. Man muss sich aber wirklich fragen, ob ein solches Mandat notwendig ist. Sie ist zu wenig Expertin, um das beurteilen zu können. Bitte nicht l'art pour l'art, sondern wirklich nur wenn es notwendig ist. Bis jetzt ist ihr das noch nicht wirklich plausibel. Die Rednerin ist nicht a priori gegen den Antrag, wäre aber froh, wenn ihr etwas besser begründet werden würde, wieso dies nötig ist. Bisher hat es sie noch nicht überzeugt.

Beatrice Büschlen, Grüne signalisiert, die Grüne/EVP wird die Anträge grösstenteils nicht annehmen. Dass die FDP-Anträge zusätzlich vor den anderen Anträgen der BPK zur Abstimmung gebracht werden, sieht die Fraktion nicht ein. Das kann man zusammen machen. Zudem hat die BPK bis jetzt immer sehr gute Arbeit geleistet. Sie wüsste nicht, wieso das hier nun plötzlich obsolet sein sollte. Sie geht davon aus, es wurde sehr gut diskutiert. Daher werden die Grünen/EVP weiter bei den Anträgen der BPK bleiben und die Zusatzanträge nicht gutheissen.

Marc Schinzel, FDP äussert, es sei seitens von Simone Abt noch eine Erklärung gewünscht worden. Das versteht er. Es ist effektiv so, dass der Ordnungsantrag nicht Teil eines speziellen Plans ist. Die FDP möchte einfach Transparenz, wie die Haltung im Saal dazu ist, bevor sie über die BPK-Anträge abstimmt. Für sie ist das ein sehr massgebender Punkt. Es wurde gesagt: Der Schulraum in Binningen wird benötigt. Das ist absolut unbestritten. Es ist in der Natur der Sache, dass die Projekte dem Rat einzeln vorgelegt werden. Es ist aber auch in der Natur der Sache, dass in den nächsten Jahren 180 Mio. Franken Investitionen anstehen und nur 50 Mio. Franken in den Vorfinanzierungen sind. Da sich die Fraktion grosse Sorgen über die Finanzierung macht und einen Überblick darüber haben möchte, sind die Anträge für

sie sehr wichtig, damit man den Gesamtüberblick nicht vergisst und nicht immer nur über Einzelprojekte befindet, sondern die finanzielle Tragbarkeit und den Gesamtüberblick im Auge behält. Es ist nun höchste Zeit, dies zu tun und nicht immer nur über einzelne Stückchen zu reden, sondern das Ganze im Blick zu behalten. Daher die Anträge, die aus Sicht der FDP ganz klar angenommen werden können. Der Votant sieht keinen Grund, der dagegen spricht. Er bittet die Anwesenden, die Anträge gutzuheissen.

Thomas Hafner, CVP erläutert, auch die CVP finde die Finanzen einen sehr, sehr wichtigen Punkt. Ihm scheint, es sei der erste Punkt. Ob es die FDP ist oder auch einmal eine andere Partei: Der Fraktion ist es eigentlich egal, wer eine Idee bringt. Wenn es eine gute Idee ist und wenn es einem Projekt dient, dass man dadurch eine Kostensicherheit erlangt, dann ist die CVP sicher dafür. Ob es mit Misstrauen oder Taktik zu tun hat, soll ihm fast ein wenig gleichgültig sein. Wenn man mit einem kleineren Planungshonorar an einem Ort eine zusätzliche Planungssicherheit erhält, dann spricht nichts dagegen. In einer Gemeinde werden viele Gutachten erstellt, bei der es um kleinere Beträge geht. Hier wird es zum Schluss um 17,2 Mio. Franken gehen. Der Redner plädiert dafür, dies zu starten. Ob über die Anträge vor oder nach den Anträgen der BPK abgestimmt wird, ist der CVP nicht so wichtig. Der Redner fordert die Anwesenden auf, nicht so stur zu sein und die Abstimmung über die Anträge zu machen. Die Fraktion erteilt Stimmfreigabe. Jedes Fraktionsmitglied soll selbst entscheiden, was es denkt.

ABSTIMMUNG

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP kommt zu den Abstimmungen. Im Vorfeld wurde mit dem Verwaltungsleiter geklärt, wie es sich mit dem Ordnungsantrag verhält. Der Präsident war selbst unsicher. Selbstverständlich kann die FDP einen solchen Antrag stellen. Gemäss Geschäftsordnung ist das Verfahren so, dass der Präsident informiert, wie er gedenkt, abstimmen zu lassen. Er würde aus einer Sachlogik heraus zuerst über Antrag 5.1. – da geht es darum, ob überhaupt ein Planungskredit gesprochen wird – abstimmen lassen und danach über die weiteren Anträge, die ergänzend sind. Hier kann man die der Freisinnigen voraus nehmen oder hinterher. Das wäre das Vorgehen, welches er vorgeschlagen hätte. Die Geschäftsordnung sagt aber auch, wenn aus dem Rat ein anderes Vorgehen vorgeschlagen wird, dann stimmt der Rat darüber ab, wie er es möchte. In diesem Sinn ist der Ordnungsantrag absolut zulässig und es wird zuerst über den Ordnungsantrag abgestimmt.

Ordnungsantrag der FDP: 21 JA / 14 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 02)

://: Vor der Abstimmung über die Anträge der BPK wird über die zwei Zusatzanträge der FDP abgestimmt. .

Präsident Stephan Appenzeller, SP liest die beiden Anträge nochmals vor. Antrag 1 der FDP: «Mit dem Antrag für den Baukredit für die Erweiterung Primarschulanlage Meiriacker muss der Gemeinderat die Finanzierung und langfristige Tragbarkeit in der operativen Rechnung der Gemeinde aufzeigen.» Antrag 2 der FDP: «Die kompletten Bau-/Projektkosten im Baukredit müssen über eine externe Fachfirma plausibilisiert werden, dies in Bezug auf alle Anträge der BPK.»

Antrag 1 der FDP: 32 JA / 3 Nein / 2 Enthaltungen (Abstimmung 03)

Antrag 2 der FDP: 19 JA / 13 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 04)

Antrag 5.1 der BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 05)

Antrag 5.2 der BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 06)

Antrag 5.3 der BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

Antrag 5.4 der BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 08)

Zu Antrag 5.5 der BPK liegt ein Abänderungsantrag der SVP vor: «Antrag 5.5. wird neu wie folgt formuliert: Das Projekt ist mit einem verbindlichen Kostendach von 17.2 Mio. Franken zu planen.» Der Präsident lässt zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und je nach Ergebnis über den Hauptantrag.

Abänderungsantrag der SVP: 11 JA / 22 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 09)

Antrag 5.5 der BPK: 32 JA / 3 Nein / 2 Enthaltungen (Abstimmung 10)

Antrag 5.6 der BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 11)

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt einen Planungskredit für die Erarbeitung eines «Vorprojektes Plus» für die Erweiterung der Primarschulanlage Meiriacker in der Höhe von 900 000 Franken (inkl. 7.7% MWST) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent.
 - ://: 2. Mit dem Antrag für den Baukredit für die Erweiterung Primarschulanlage Meiriacker muss der Gemeinderat die Finanzierung und langfristige Tragbarkeit in der operativen Rechnung der Gemeinde aufzeigen.
 - ://: 3. Die kompletten Bau-/Projektkosten im Baukredit müssen über eine externe Fachfirma plausibilisiert werden, dies in Bezug auf alle Anträge der BPK.
 - ://: 4. Die Kostenschätzung muss alle mit dem Projekt verbundenen Kosten umfassen.
 - ://: 5. Das Bauvorhaben muss zweckmässig, bedürfnisgerecht und nachhaltig geplant werden. Generell muss dabei ein solider Standard, aber kein Luxus angestrebt werden.
 - ://: 6. Sind Varianten möglich, welche vergleichbar bedürfnisgerecht und / oder nachhaltig sind, so sind die betriebswirtschaftlich günstigeren Varianten zu planen.
 - ://: 7. Zeigen sich gegenüber der Grobkostenschätzung der Baukosten oder gegenüber den Kostenkennwerten wesentliche Abweichungen, sind diese Abweichungen auszuweisen und zu begründen. Ziel muss sein, die Grobkostenschätzung einzuhalten und nicht zu übertreffen.
 - ://: 8. Ergeben sich im Planungsverlauf zurzeit nicht erkannte sinnvolle weitere Varianten oder Wahloptionen, müssen diese im «Vorprojekt Plus» transparent dargestellt werden.
-

Traktandum 3

Nr. 129/X und 141/X

Benkenstrasse, Öffnung beidseitig durch Entfernen des einseitigen Fahrverbots im Gebiet Bertschenacker (Bottmingen), Erfahrungsbericht

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

GESCHÄFTSBERATUNG

Roman Oberli, SVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung namens der SVP für die Ausarbeitung der Vorlage. Aufgrund der vorliegenden Daten, die zeigen, dass eine beidseitige Öffnung der Benkenstrasse keine negativen Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen hat, findet die Fraktion es nur gerecht, wenn auch die Binningerinnen und Binniger dort durchfahren dürfen. Die SVP-Fraktion wird daher den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Rahel Amacker, CVP teilt mit, die CVP danke dem Gemeinderat für seinen Bericht und nehme ihn zur Kenntnis. Man hat nun zwei Jahre Erfahrungen gesammelt mit einer beidseitigen Befahrbarkeit anstelle

einer einseitigen Schliessung der Benkenstrasse in das Gebiet Bertschenacker. Es war zu seiner Zeit eine gute Wahl, den Sachverhalt über zwei Jahre zu prüfen und erst dann endgültig zu entscheiden. Die durchgeführten Verkehrszählungen des motorisierten Individualverkehrs im betreffenden Abschnitt haben gezeigt, dass die beidseitige Öffnung nicht zu einem bemerkbaren Mehrverkehr geführt hat. Es sind auch keine Reklamationen aus der Bevölkerung bei den Gemeindeverwaltungen von Binningen und Bottmingen eingegangen. Daher ist die Fraktion der Meinung, dass die Strasse auch in Zukunft beidseitig offen sein soll. Sie stimmt somit einer definitiven Öffnung der Benkenstrasse ins Gebiet Bertschenacker zu sowie der Abschreibung der beiden Motionen.

Simone Abt, SP erläutert, die SP nehme erfreut Kenntnis vom Erfahrungsbericht und stimme den vier Anträgen des Gemeinderats zu.

Daniel Zimmermann, FDP legt dar, auch die FDP nehme den Erfahrungsbericht positiv zur Kenntnis. Es zeigt sich einmal mehr, dass manchmal ein politischer Entscheid mit einer gewissen Erfahrung und einer Schlussbeurteilung in vielen Themen ein zweckmässiger Prozess ist, den man sich vielleicht für andere Fragestellungen merken muss. Die FDP findet die vier Anträge in Ordnung. Sie möchte aber noch zwei Hinweise machen. Es ist im Bericht erwähnt, dass der rechtsgültige Plan eine Erschliessungsstrasse vorsieht mit einem Ausbaustandard, einer gewissen Strassenbreite und einem einseitigen Trottoir. Die Fraktion hofft nicht, dass die Strasse noch zu einem Ausbauprojekt im Strassenbau führt. Die Strasse ist so wie sie jetzt daher kommt mit einer sogenannten Mischverkehrsfläche durchaus zweckmässig. Ein Ausbau würde sich dort vermutlich gemäss Reglement nicht vordrängen. Dies als erster Hinweis. Der zweite Punkt ist, dass durch die grosszügige Benutzung der Fläche, den Velofahrern manchmal etwas der Raum fehlt. Vor allem bei schönem Wetter an einem Sonntag. Die Fraktion möchte den Gemeinderat dazu motivieren, in Bezug auf die Verkehrssicherheit von Fahrradfahrenden dort vielleicht mit einer Markierung eine Verbesserung zu erzielen, damit man sich besser orientieren kann. Die FDP stimmt allen vier Anträgen zu.

Karin Glaser, Grüne äussert vorweg, die Grüne/EVP sei mit allen Anträgen des Gemeinderats einig. Offensichtlich ist die Öffnung dieses Abschnitts der Benkenstrasse eine gute Sache. Trotz vorgängiger Skepsis wegen Mehrverkehr sprechen die Verkehrszählungen für sich. Nach einem ersten Mehrverkehr hat sich die Sache eingependelt und es sieht so aus, als ob wieder gleich viele Fahrzeuge dort durchfahren, wie davor, als es nur einseitig befahrbar war. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Arbeit und stimmt der Öffnung zu.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Kenntnisnahme

Antrag 2: Einstimmig JA (Abstimmung 12)

Antrag 3: Einstimmig JA (Abstimmung 13)

Antrag 4: Einstimmig JA (Abstimmung 14)

BESCHLUSS

-
- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Erfahrungsbericht.
- ://: 2. Der Einwohnerrat beschliesst die definitive Öffnung der Benkenstrasse in das Gebiet Bertschenacker (Bottmingen).
- ://: 3. Die Motion «Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse» (Geschäft 129/X) wird als erledigt abgeschlossen.

://: 4. Die Motion «Beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse» (Geschäft 141/X) wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 4

Nr. 210/XII

Motion R. Oberli, SVP: Keine weiteren Temporeduktionen in Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Roman Oberli, SVP möchte zuerst kurz auf die Formulierung der Motion eingehen. Der SVP ist bewusst, dass es unüblich ist, in einer Motion Fragen zu stellen. Die hier gestellten Fragen gehörten aber zum Prozess, wie es zur Motion kam und die fordert letztlich, dass keine weiteren Temporeduktionen in Binningen erlassen und auch nicht geprüft werden. Die Fraktion findet, der Gemeinderat sollte nicht eigenmächtig Überprüfungen von Temporeduktionen beim Kanton für die Kantonsstrassen einfordern, ohne dass der Einwohnerrat diesbezüglich vorher konsultiert wird. Erst recht sollen keine Temporeduktionen auf Gemeindestrassen erlassen werden. Im Gegenteil. Der Gemeinderat sollte sich gegen weitere Temporeduktionen, wie kürzlich an der Baslerstrasse geschehen, einsetzen. Die SVP-Fraktion ist daher für Überweisung der Motion.

Anina Weber, SP erklärt, die SP habe den Bericht zur Kenntnis genommen und danke dem Gemeinderat dafür. Die Zuständigkeiten für die Strassenplanung inkl. der Definition der Höchstgeschwindigkeiten werden klar und verständlich aufgezeigt. Für das Tempolimit auf den Gemeindestrassen ist der Gemeinderat zuständig und für die Kantonsstrassen, wie z.B. die Hauptstrasse, der Regierungsrat. Der Einwohnerrat ist zuständig für die Planungsgrundlagen. Sprich das Parlament wurde nicht umgangen, es ist hier einfach nicht zuständig. Die Motion, die eigentlich eine Interpellation wäre, erwähnt zwei Fälle von Temporeduktionen. Die Baslerstrasse und die Hauptstrasse, wobei bei der Hauptstrasse aktuell ein Gutachten in Erarbeitung ist. Das heisst es ist noch nichts entschieden. Es steht ja auch in einem engen Zusammenhang zum nächsten Geschäft, der Aufwertung der Hauptstrasse. Dort wird der Einwohnerrat sicher einbezogen sowie auch alle relevanten Stakeholder, die Bevölkerung, ÖV etc. Die SP ist der Ansicht, dass das Vorgehen des Gemeinderats in den zwei erwähnten Fällen massvoll ist und dass die Temporeduktionen unter Einhaltung der relevanten rechtlichen Vorgaben von Bund, Kanton und Gemeinde und unter Einbezug aller Stakeholder gemacht werden. Der Votantin persönlich und der SP-Fraktion sind Verkehrssicherheit und eine möglichst geringe Umweltbelastung sehr wichtig. Sie bittet die Anwesenden daher, den Antrag des Gemeinderats zu unterstützen und die Motion nicht zu überweisen.

Felix Gerber, glp dankt dem Gemeinderat für die interessanten Antworten, die er geliefert hat, auf alle in der Motion gestellten Fragen. Der Fraktion erscheint es sehr sinnvoll, dass versucht wird, den Verkehr langfristig zu optimieren mittels fundierter Gutachten. Die CVP/glp möchte den Gemeinderat ermutigen, dies auch in Zukunft weiterhin zu tun. Sei es für eine Reduktion oder vielleicht auch einmal in die andere Richtung. Sie begrüssen es auch, dass der Verkehr in Zukunft ganzheitlich betrachtet wird und der Langsamverkehr und die Siedlungsaufwertung ebenfalls berücksichtigt werden. Die Fraktion erwartet sehr gerne die Resultate des Gutachtens zur Temporeduktion auf der Hauptstrasse. Daher erscheint es ihr zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll, noch länger darüber zu diskutieren. Die CVP/glp ist einverstanden mit dem Gemeinderat, dass man die Temporeduktionen nicht grundsätzlich verbieten kann und plädiert daher dafür, die Motion nicht zu überweisen.

Urs Hauri, Grüne schliesst sich dem Dank an den Gemeinderat für den vorliegenden Bericht an. Als im Zentrum wohnender Fussgänger und Velofahrer kennt er die Binninger Hauptstrasse sehr gut. Sie ist sicher keine Wohlfühlzone, aber das ist nicht das Thema der Motion auch wenn es natürlich sehr stark mit dem Verkehr zusammenhängt. Er war viel mit seinen Kindern an der Hauptstrasse unterwegs und seit neuem auch mit seinen Grosskindern. Alles, was irgendwie zu einer Verkehrsberuhigung beiträgt und damit zu mehr Sicherheit, auch gefühlter Sicherheit, an dieser Strasse entlang – dabei denkt er an Fussgänger, Velofahrer und Autofahrer, die aus den Parkplätzen fahren müssen, was manchmal fast eine Katastrophe ist –, das kann die Fraktion nur unterstützen. Der Votant hat es auch ab und zu eilig. Das ist so. Er hat ausgerechnet, wenn man mit 30 km/h statt mit 50 km/h zwischen Kronenplatz und Dorenbach fährt, verliert man theoretisch 35 Sekunden. Das finden die Grünen/EVP auf alle Fälle vertretbar. Sie sind gegen die Überweisung der Motion und hoffen darauf, dass die Temporeduktion im Zentrum einmal Wirklichkeit wird, d.h. dass sie sich in der Studie als positiv herausstellen wird.

Nora Frey, FDP führt aus, die FDP sei der Meinung, dass bei der Verkehrsplanung Flexibilität und Anpassung bei zukünftigen Projekten gegeben sein muss. Verkehrspolitik muss an konkreten Projekten gemacht werden. Daher sehen sie die Motion als zu einengend und zu absolut. Zwar sind sie auch der Meinung, dass eine Verlangsamung des Verkehrs nicht grundsätzlich die richtige Lösung ist, aber zum Teil kann eine Verkehrsverlangsamung Bereiche sicherer machen, z.B. im Bereich von Schulen und Kindergärten, oder Gegenden aufwerten. Aus diesem Grund benötigt es Handlungsspielraum. Planungsprojekte bedürfen einer Analyse von Fall zu Fall. Die Flexibilität muss beibehalten werden. Jedoch ist auch klar zum Ausdruck zu geben, dass die Fraktion offen ist, sinnvolle Lösungen zu diskutieren. Dies ist aber kein Freipass der FDP für zukünftige Temporeduktionen in der Gemeinde. Sie schliessen sich daher der Haltung des Gemeinderates an und sind gegen eine Überweisung.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP dankt für die Rückmeldungen. Sie möchte nur kurz etwas vor allem an die Adresse des Motionärs sagen. Sie versteht nach wie vor nicht ganz, wieso es eine Motion sein muss. Das spielt aber jetzt auch keine so grosse Rolle. Der entscheidende Punkt ist, die Gemeinde muss, bevor sie überhaupt irgendetwas machen kann, Abklärungen treffen. Wenn zuerst der Einwohnerrat gefragt werden muss, ob Abklärungen getätigt werden dürfen, dann behindert man sich selbst ziemlich kompliziert. Wie mehrfach erwähnt ist noch überhaupt nichts entschieden. Bevor man etwas entscheiden kann, muss man Grundlagen erheben. Das hat der Gemeinderat mit der Anfrage beim Kanton gemacht. Nicht weniger und nicht mehr. Dass man sich generell Temporeduktionen untersagt, widerspricht einer Verkehrsplanung, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung, der Einwohnenden und des Gewerbes ausrichten muss. Es kann je nach Situation durchaus auch im Interesse des Gewerbes sein. Daher ist die zuständige Gemeinderätin sehr froh, wenn eine Mehrheit die Motion nicht überweist.

Daniel Zimmermann, FDP muss dem Gemeinderat, zumindest was die Aktivität anbelangt, ein Kompliment machen. Seit mehreren Jahren redet man in Bezug auf die Verkehrsbelastung auf der Dorfstrasse – man kann es ja gar nicht mehr Dorfstrasse nennen –, auf der Hauptstrasse von massivsten Belästigungen. Die Verkehrszahlen sprechen für sich. Auch die Morgen- und Abendspitzen mit der Rückstauproblematik im Bereich des ÖV sind bekannt. Es gibt schlechte Querungen für den Langsamverkehr. Die Bemühung des Gemeinderats, dass er dies erkannt hat, ist sicher erwähnenswert. Was er nicht versteht: Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht ganz klar, dass die Zuständigkeiten im Kanton klar geregelt sind. Der Kanton ist für die Hauptstrasse zuständig. Der Votant versteht nicht, wieso man aus Eigeninitiative ein Tempo30-Gutachten bestellt und es vermutlich auch selbst bezahlt, wenn dies in anderen Gemeinden beim Kanton bestellt wird. Er versteht natürlich, dass man ein gewisses Argumentarium haben muss. Das hätte man aber vielleicht in der guten Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt auch bestellen und dort wieder einige Franken sparen können. Denn der Kanton braucht es bei seinen grundsätzlichen Überlegungen aus den Kriterien heraus auch, da er das Projekt letztlich bei der Gemeinde vertreten und verkaufen muss. Ohne die Gemeinde Binningen geht es in der Regel nicht, auch wenn der Eigentümer der Kanton ist. Bei den nächsten proaktiven Handlungen wäre es wünschenswert, wenn der Gemeinderat das Spiel kehrt und den Kanton bei solchen Gutachten mehr in die Zahlungspflicht nimmt.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP kann ihren Vorredner beruhigen. Der Kanton zahlt das Gutachten, nicht die Gemeinde. Es ist selbstverständlich, dass der Kanton das zahlt. Es gibt überhaupt keinen Grund, weshalb die Gemeinde dies machen sollte. Die Gemeinde hat gesagt, wenn die anderen drei Leimentaler Gemeinden den Antrag stellen möchten und es bei uns auch ein Thema ist, dann ist es eine gute Gelegenheit und der Kanton kann eine Gesamtbetrachtung des Leimentals von vorne bis hinten machen. Aber es ist überhaupt kein Thema, dass Binningen hier irgendetwas zahlt. Günstiger kommt man nicht mehr zu einer Analyse, was auf der Hauptstrasse, rein aus verkehrlicher Sicht, machbar ist und was nicht. Bei der Gestaltung ist man dann beim nächsten Geschäft.

Daniel Zimmermann, FDP ist sehr froh um das Votum. In diesem Fall hätte man erwarten dürfen, dass dies auch im Bericht erwähnt wird.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 5 JA / 28 Nein / 4 Enthaltungen (Abstimmung 15)

BESCHLUSS

://: Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 5

Nr. 211/XII

Interfraktionelles Postulat: Aufwertung Hauptstrasse

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Häfele, FDP bedankt sich namens der FDP beim Gemeinderat für die überaus schnelle Bericht-erstattung und positive Beurteilung des vorliegenden Postulats. Geschätzt wird auch das Angebot, die Bevölkerung im Planungsprozess miteinzubeziehen. Die Hauptstrasse in Binningen ist heute leider für alle Verkehrsteilnehmer ein Ärgernis. Tagsüber staut sich der Pendlerverkehr in beide Richtungen eben-so Bus und Tram. Die Strassenquerung für Fussgänger ist ein Wagnis. Bereits im Bericht zur eben be-handelten Motion Oberli ist erwähnt, dass der Verkehr auf der Hauptstrasse in den letzten drei Jahren um 15 Prozent zugenommen hat. In der letztjährigen Bevölkerungsbefragung haben 61 Prozent der Einwohner und Einwohnerinnen die Verkehrsbelastung kritisiert und dies quer durch alle Bevölkerungs-gruppen. Ähnlich ist die Lärmbelastung beurteilt worden. Das Postulat wurde offen formuliert, ohne konkrete Forderungen sowie ohne Denkverbote. Eine Temporeduktion wird weder erwähnt noch gefor-dert. Der Sinn davon ist kontrovers. Zum Thema Verkehrsfluss und Temporeduktion gibt es diverse Stu-dien, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Allerdings würde eine Temporeduktion wohl kaum etwas am Status Quo ändern, da bereits heute aufgrund des Verkehrsaufkommens höchstens in Rand-zeiten oder in der Nacht mit Tempo 50 gefahren werden kann.

Die örtlichen Gegebenheiten der Hauptstrasse können nicht verändert werden. Auch wird der Verkehrs-fluss in Zukunft kaum abnehmen. Trotzdem gibt es Möglichkeiten, wie aus einer viel befahrenen Haupt-strasse mit öffentlichem Verkehr ein freundlicherer Ort werden kann. Dazu möchte der Redner auf zwei Beispiele aus der Region verweisen. Erstens: Die Güterstrasse im Gundeli war noch vor weniger Jahren eine hässliche Durchfahrtsstrasse. Heute blüht dort ein pulsierender Boulevard gesäumt von Geschäften und Bistros. Zweitens: Auf der Hauptstrasse in Weil am Rhein zwischen der Einkaufsinsel und der Brühl-

strasse gilt auch mit viel Verkehr Tempo 20. Die Weiler Hauptstrasse sprüht vor Leben und Attraktivität. Und noch ein weiterer Punkt: Die Parkplätze an oder in unmittelbarer Nähe der Hauptstrasse sind ein entscheidender Standortvorteil für die Geschäfte in Binningen und sollen bei einem Konzept zur Aufwertung der Hauptstrasse zahlenmässig beibehalten werden. Die Fraktion der FDP begrüsst eine Überweisung des Postulats.

Susanna Keller, SVP erwähnt, die SVP habe auf diesen Bericht des Gemeinderats hin, nach ausgiebiger Diskussion über das interfraktionelle Postulat auf Stimmfreigabe bei diesem Geschäft entschieden. Es sind sich alle einig, die Hauptstrasse könnte schöner gestaltet sein. Allerdings ist die Hauptstrasse schon vor Jahrzehnten zu einem Flickenteppich mutiert. Alle allenfalls schützenswerten Gebäude, die einen Dorfkern ausmachen würden, wurde durch hässliche Bauten ersetzt. Zum Glück gibt es jetzt wieder restaurierte Gebäude, die schöner wurde, wie z.B. das der Bauverwaltung. Eine Aufwertung würde wiederum grosse Investitionen bedeuten. Viele Themen können aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen, z.B. Besitzstandswahrungen der Baulinie, gar nicht erst in Angriff genommen werden und das, obwohl es an der Hauptstrasse hier und dort kleine, hässliche Lücken zwischen den Gebäuden gibt. Es erstaunt die Fraktion auch nicht, dass durch den Gemeinderat bereits wieder eine Temporeduktion auf 30 km/h auf der Hauptstrasse ins Spiel gebracht worden ist. Im Zusammenhang mit dem Schulcampus Dorf soll der Dorfplatz aufgewertet werden. Seinerzeit war die Rede von einem neuen Place to go im Zusammenhang mit der Aufwertung des Schlossparks. Die Frage der SVP lautet daher: Wo überall soll aufgewertet werden? Wo soll das Zentrum oder der Dorfkern Binningens sein? Das Postulat wurde interfraktionell unterschrieben. Die SVP hat dies jedoch nicht als Fraktion unterschrieben. Roman Oberli ist für das Postulat verantwortlich. Aus all diesen Gründen hat sich die Fraktion für Stimmfreigabe entschieden.

Andrea Alt, CVP ist erfreut, dass der Gemeinderat das Postulat überwiesen erhalten möchte. Dass die Hauptstrasse einer Aufwertung bedarf, ist offensichtlich und auch seit geraumer Zeit ein grosses Anliegen der Binninger Bevölkerung. Die Hauptstrasse soll freundlicher und einladender werden. Der Zeitpunkt für eine Überprüfung zur Aufwertung der Hauptstrasse ist ideal. So können die Begehren von Binningen in die bauliche Instandsetzung seitens des Kantons einfließen und Defizite behoben werden. Wichtig in diesem Prozess ist nach Erachten der Fraktion vor allem die Partizipation der Bevölkerung und nicht zuletzt auch der Gewerbetreibenden an der Hauptstrasse.

Karin Glaser, Grüne räumt ein, die Hauptstrasse ist tatsächlich eine Durchgangsstrasse. Das ist das Los von Binningen als Eingang zum Leimental. Trotzdem finden die Grünen, es sei eine Prüfung wert und sie danken dem Gemeinderat, dass er prüfen möchte, was man an der Hauptstrasse freundlicher gestalten könnte. Der Fraktion ist klar, dass es keine Freien Strasse oder Steinen geben wird. Aber speziell mit dem vorgesehenen Parkhaus beim Schulcampus – so es denn diesen hoffentlich je einmal gibt – kann vielleicht der eine oder andere Parkplatz an der Hauptstrasse gestrichen werden, so dass unter dem Strich gleich viele Parkplätze vorhanden sind. Als zusätzliche Idee schlägt sie vor, es auf den Parkplätzen etwas grün zu gestalten. Es steht nicht im Postulat, aber es wäre schön, wenn das Ganze auch etwas grüner werden würde. Vielleicht könnten Fassaden begrünt werden. Gerade mit der zukünftigen Klimaerwärmung ist dies ein relativ guter Aspekt, um die Strasse ein wenig kühl zu halten. Vielleicht hat sogar hier und dort noch ein Baum Platz, was dem Ganzen einen etwas netteren Anstrich gäbe. Die Grünen sind auf jeden Fall gespannt, was hier rauskommt und hoffen, dass etwas rauskommt.

Ralph Büchelín, SP führt aus, die Hauptstrasse, Abschnitt Dorenbachkreisel bis zum Kronenplatz, ist ca. 780 Meter lang und eine stark befahrene Verkehrsachse. Ca. 15 000 Fahrzeuge verkehren tagtäglich und die Strasse wird auch von Trams und Bussen genutzt sowie von Velos und Fussgängern. Die meisten Leute sehen von Binningen diesen Strassenabschnitt, wenn sie hier durchfahren. Unbedingt schön ist das nicht. Aber trotzdem, den Verkehr weg zaubern können wir nicht. Was wir aber können ist, diesen Strassenabschnitt aufzuwerten. Früher gab es einmal einen Metzger an der Hauptstrasse, den Lang. Es gab einen Einkaufsladen TAT und ein Brockenhaus. Das alles ist weg. Aber solche Lokalisationen sind es auch, die einen Ort oder Strassenabschnitt ausmachen. Mehr Grün in Form von Vegetation wäre z.B.

auch schön. Auch eine Temporeduktion wäre zu diskutieren. Wenn eine Aufwertung erfolgen soll, wäre es sinnvoll, wenn man nicht mit 50 km/h dort durchfährt. Meistens entspricht die Durchschnittsgeschwindigkeit bedingt durch die Staus sowieso eher dem Tempo eines gemütlich fahrenden Velos oder noch darunter. Für dieses Projekt eine gelungene Planung zu erstellen, ist sicher eine anspruchsvolle Angelegenheit. Das sollte aber unbedingt in Angriff genommen werden. Die SP ist erfreut, dass der Gemeinderat dem Vorhaben zustimmt und auch einen Einbezug der Bevölkerung vorsieht. Die Fraktion spricht sich für die Überweisung des Postulats aus.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP dankt für die positive Aufnahme. Das Anliegen hat beim Gemeinderat offene Türen eingerannt. Es bestärkt die Votantin in diesem Prozess, den man gestartet hat, weiterzumachen. Sie ist dann sehr gespannt auf die Beteiligung der Bevölkerung und auf die Ideen, die dort kommen. Bei der Frage, ob es dann grün wird, ist sie zuversichtlich. Wie grün wird man sehen. Sie hat den Eindruck, alle Anwesenden seien gewillt, etwas mehr aus dieser Hauptstrasse herauszuholen, als man es heute erleben darf. Daher ist sie sehr dankbar für eine Überweisung des Postulats.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 35 JA / 2 NEIN (Abstimmung 16)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 6

Diversa

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP dankt dem Rat für die speditive Behandlung der Traktanden. So können die Anwesenden rascher als erwartet aus den Masken raus, wenn sie den Saal verlassen haben. Die nächste Sitzung ist am 7. Dezember 2020 um 19 Uhr. Er wagt aber die Prognose, dass sie leider ohne Apéro stattfinden wird. Dafür bleibt dann mehr Zeit für die Budgetbehandlung. Der Präsident wünscht allen einen schönen Abend und schliesst die Sitzung um 21.00 Uhr.

ER-Sitzung vom 2. November 2020

			Gesch. Nr. 24	Gesch. Nr. 195/XII									
			01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11
			Dringlichkeit Interpellation D. Zimmermann	Ordnungsantrag FDP: Reihenfolge der Abstimmungen	Antrag 1 der FDP: Finanzierung und Tragbarkeit aufzeigen	Antrag 2 der FDP: Plausibilisierung der Kosten durch Externe	Genehmigung Planungskredit	Kostenschätzung muss alle Kosten umfassen	Generell soll ein solider Standard, kein Luxus angestrebt werden	Bei vergleichbaren Varianten sind die betriebswirtschaftlich günstigeren zu planen	SVP-Änderungsantrag zu BPK-Antrag 5.5.: Kostendach von 17.2 Mio.	Wesentliche Abweichungen gegenüber der Grobkostenschätzung sind zu begründen	Mögliche weitere Varianten müssen im «Vorprojekt Plus» dargestellt werden
Nr.	Name	Fraktion											
1	Bertschi	EVP	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
2	Büschen	Grüne	Nein	Nein	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
3	Glaser	Grüne	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
4	Hauri S.	Grüne	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
5	Hauri U.	Grüne	Nein	Enthaltung	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
6	Schilling	Grüne	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
7	Schwarb	Grüne	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
8	Sutter Rehmann	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
9	Wölnerhanssen	Grüne	Nein	Nein	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja
10	Abt	SP	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
11	Appenzeller	SP	Nein	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
12	Benthaus	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
13	Büchelin	SP	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
14	Jehle	SP	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
15	Müller	SP	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
16	Schellenberg	SP	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
17	Tribolet	SP	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
18	Weber	SP	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
19	Alt	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
20	Amacker	CVP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
21	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Frey	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
25	Fünfschilling	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
28	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
31	Schinzel	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
33	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
34	Blaser	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
35	Fankhauser	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
36	Keller	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
37	Oberli	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
38	Siegel	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
39	Steffen	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
40	Widmer	SVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
TOTAL													
Ja			19	21	32	19	37	37	36	37	11	32	37
Nein			18	14	3	13	0	0	0	0	22	3	0
Enthaltungen			0	2	2	5	0	0	0	0	3	2	0
			37	37	37	37	37	37	36	37	36	37	37

ER-Sitzung vom 2. November 2020

			Gesch. Nr. 129/X und 141/X			Gesch. Nr. 210/XII	Gesch. Nr. 211/XII
			12	13	14	15	16
Nr.	Name	Fraktion	Definitive Öffnung der Benkenstrasse	Abschreibung Motion (129/X)	Abschreibung Motion (141/X)	Überweisung Motion	Überweisung Postulat
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
2	Büschlen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
3	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
4	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
5	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
6	Schilling	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
7	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
8	Sutter Rehmann	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
9	Wölnerhanssen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
10	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
11	Appenzeller	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
12	Benthaus	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
13	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
14	Jehle	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
15	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
16	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
17	Tribolet	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
18	Weber	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
19	Alt	CVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
20	Amacker	CVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
21	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
22	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
24	Frey	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
25	Fünfschilling	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
27	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
28	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
29	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
30	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
31	Schinzel	FDP	Ja	Ja	Not voted	Nein	Ja
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
33	Zimmermann	FDP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
34	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
35	Fankhauser	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
36	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Not voted	Ja	Nein
39	Steffen	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
40	Widmer	SVP	Not voted	Ja	Ja	Enthaltung	Ja

TOTAL

Ja	36	37	35	5	35
Nein	0	0	0	28	2
Enthaltungen	0	0	0	4	0
	36	37	35	37	37